



Bundesstaat Baden

in der Funktion des persistent objector

Zentralverwaltung

Beschluß

Erneuerung des Beschlusses vom 08. Mai 2016 über die Anerkennung deutschstämmiger Vertriebener und Flüchtlinge

Die administrative Regierung des Bundesstaats Baden anerkennt die besondere Situation der deutschstämmigen Abkömmlinge ehemaliger Vertriebener und Flüchtlinge, die als Kriegsflüchtlinge und Heimatvertriebene bis Ende 1955 wieder ihren Wohnsitz nachweislich innerhalb des vereinigten Wirtschaftsgebietes genommen haben.

Grundsätzlich kann zwar eine Anerkennung der Sudetendeutschen, Baltendeutschen, Böhrendeutschen etc. pp. nicht erfolgen, da sie zum Staatenbund Österreich, Ungarn und Tschechien oder anderer Staatenverbände gehören und somit wirkungsbefreit zu den Bundesstaaten des Staatenbundes Deutsches Reich in Europa stehen. In Angedenken der Historie, daß diese ursprünglich den Bundesstaaten Zugehörigen auswanderten und ihre Abkömmlinge zwangsweise als Kriegsflüchtlinge und Heimatvertriebene wieder Aufnahme in den Bundesstaaten des Staatenbundes Deutsches Reich, in Folge des ersten und zweiten Weltkriegs gefunden haben, wird beschlossen, diesen deutschstämmigen Abkömmlingen ehemaliger Vertriebener und Flüchtlingen, welche bis Ende 1955 ihren Hauptwohnsitz und Lebensmittelpunkt wieder innerhalb des vereinigten Wirtschaftsgebietes genommen haben, die Möglichkeit zu geben, sich gleichgestellt den Badenern unter Bezugnahme auf das Indigenatsrecht die Staatsangehörigkeit in Baden zu erhalten.

Die Bewilligungsgrundlagen hierfür sind gemäß RuStAG 1913 zu erbringen.

Dieser Beschluß ist auf den Personenkreis beschränkt, welcher bis zum 31. Dezember 1955 seinen Wohnsitz nachweislich innerhalb der vereinten Wirtschaftsgebietes genommen hat und kann nicht auf Verwandte übertragen werden und begründet auch keine weiterführende rechtliche Anerkennung anderer deutschstämmiger Volksgruppen, die derzeit ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben.

Dieser Beschluß ersetzt den hierzu am 08. Mai 2016 getroffenen Beschluß und tritt mit Veröffentlichungsdatum in Kraft.

Gegeben zu Karlsruhe, am 22. Mai 2017

33 33 008a/16



Nicole Simone a.d.F. Wilhelm

Nicole Simone a.d.F. Wilhelm
Bereich innere Angelegenheiten

Zentralverwaltung Bundesstaat Baden Deutsches Reich
Bereich innere Angelegenheiten

über Poststelle zu Karlsruhe, Roggenbachstraße 19 [76133] Karlsruhe